

Niederschrift
Nr. 01/2021
über die **öffentliche** Sitzung des
Gemeinderats
vom 19.01.2021

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender: Michael E. Pfaff, Bürgermeister

Gemeinderäte: Axel Ebner
Gerhard Engel (bis 21.16 Uhr, bis TOP 7)
Dr. Michael Fischer
Anita Frank
Hans Frick
Carl Glauner
Thomas Gutmann
Joachim Hermann
Willi Jäckle
Tabea Joos (bis 21.11 Uhr, bis TOP 6)
Dr. Jaleh Mahabadi (bis 20.39 Uhr, bis TOP 6)
Hans-Dieter Rehm
Thomas Römpp (bis 19.58 Uhr, bis TOP 5)
Clemens Steinberger
Monika Stockburger
Michael Trein (bis 19.58 Uhr, bis TOP 5)
Gerold Wein

Beratende Mitglieder: OV Peter Günther
OV Uwe Hebe

Entschuldigt: Gerhard Walter

Sonstige Teilnehmer: Marc Bader
Bernd Hettich
Rolf Wöhrle
Carmen Feuchter, Architekturbüro Alpirsbach
Mathias John, Jugendreferent
Fabian Kiefer, Kreisforstamt - Gebietsleiter West
Florian Rembold, Kreisforstamt - Revierförster
Andreas Junt, Leiter Kommunalaufsicht, LRA FDS
Marco Stadelmaier, Breitbandkoordinator, LRA FDS

Schriftführerin: Margit Doll

Beginn: 18.01 Uhr

Ende: 21.58 Uhr

Nach der Eröffnung stellt der Vorsitzende fest, dass:

1. zur Sitzung am 08.01.2021 ordnungsgemäß eingeladen wurde,
2. der Gemeinderat beschlussfähig ist,
3. die Tagesordnung am 15.01.2021 öffentlich bekannt gemacht wurde,
4. die Urkundspersonen für die heutige Sitzung StR Steinberger und StR Trein sind.

StR Hermann stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 4 (Vorstellung der Konzeption und Tätigkeitsbereich der Jugendarbeit) auf Tagesordnungspunkt 5 zu verschieben.

Das Gremium fasst mehrheitlich (9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen) folgenden

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 4 wird auf Tagesordnungspunkt 5 verschoben.

1. Einwohnerfragestunde

Ein Bürger äußert sich, dass der Bau eines Feuerwehrhauses von großer Bedeutung und wichtig sei. Ein Bau auf dem Bahnhofsareal würde weitreichende Nachteile mit sich bringen in Bezug auf fehlende Parkplätze, die bei Veranstaltungen dringend gebraucht würden und bittet, noch das Gutachten über das Hetal-Geländes abzuwarten.

Ein weiterer Bürger moniert, dass er der Verwaltung im September und Dezember letzten Jahres Mails zukommen ließ in Bezug auf die Abfuhr des gelagerten Baumaterials auf dem städtischen Grund vor seiner Firma, welchen er von der Stadt erwerben möchte. Er hätte bis heute noch keine Nachricht von der Verwaltung erhalten. BM Pfaff informiert, dass nach notarieller Abwicklung eines Grundstücksgeschäftes das gelagerte Material verbaut und somit entfernt würde. Bevor der Verkauf erfolge, sei das Material beseitigt.

2. Bekanntgaben von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

In der Sitzung vom 15.12.2020 wurde beschlossen, die Verwaltung der Jagdgenossenschaft Alpirsbach-Reutin für den Zeitraum 01.04.2021 bis 31.03.2027 weiterhin zu übernehmen.

3. Persönliche Vorstellung des neuen Revierförsters

Der neue Revierförster Florian Rembold stellt sich persönlich vor und erläutert seinen beruflichen Lebenslauf.

StR Hermann interessiert es, was ihn reizte, sich in Alpirsbach zu bewerben. Herr Rembold erklärt, natürlich spiele auch die Nähe zu seinem Wohnort eine Rolle. Vor allem aber gebe es sehr interessante Waldbilder in der Region. Seine letzte Arbeitsstelle sei zu innendienstlastig gewesen, er freue sich sehr auf die Arbeit in den Alpirsbacher Wäldern.

Das Gremium nimmt den Bericht zur Kenntnis, bedankt sich für die persönliche Vorstellung und wünscht Herrn Rembold einen guten Start.

5. Antrag der Fraktionen Freie Wähler und SPD/GRÜNE/Frauenliste - Beantragung von Fördermitteln für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses auf dem Bahnhofsareal - Vorlage Nr. 2/2021 -

BM Pfaff erläutert kurz den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage. Danach geht er mit einer Präsentation nochmals auf die Historie ein. Frau Feuchter erklärt den Kostenvergleich (ist dem Protokoll beigelegt).

StR'in Dr. Mahabadi liest eine Stellungnahme der Fraktionen Freie Wähler und SPD/GRÜNE/Frauenliste vor:

Vielen Dank für die Präsentation. Die Verwaltung hat das Thema gut dargestellt und aufgearbeitet. Wie wir sehen konnten, sind die Kosten unabhängig von der Wahl des Standortes annähernd gleich. Ausschlaggebend für unsere Entscheidung ist nun einzig und allein die Zeitschiene. Beim Bau des Feuerwehrgerätehauses auf dem Bahnhofsareal sind die Kosten und die Zeitschiene maximal transparent. Von 2018-2020 gab es eine Preissteigerung von 450.000,- €. Beim Hetal-Gelände hingegen gestaltet sich eine konkrete Aussage eher wie fischen im Trüben. Gehen wir von einer normalen Kostensteigerung aus, sind das bei optimalem Zeitverlauf und einem Bau 2023 ca. 230.000,- € Mehrkosten. Realistisch betrachtet kann jedoch eher von einem Baubeginn 2025 ausgegangen werden, so sprechen wir von einer Kostensteigerung von ca. 680.000,- €. Bei den reinen Baukosten des Gebäudes gibt es ja zum momentanen Zeitpunkt nur eine Differenz von ca. 160.000,- €. Der Vergleich der Kosten von 4.770.000,- € am Bahnhof versus 3.800.000,- € auf dem Hetal-Gelände, der hier ständig ins Feld geführt wird, hinkt. Im Gegensatz zum Hetal-Gelände sind die 4.770.000,- € die Komplettkosten. Bei Hetal fehlen die Abrisskosten, die sich laut Verkehrswertgutachten von 2018 auf ca. 1.880.000,- € belaufen. Lassen wir hier die Kostensteigerung mal außen vor und gehen von 60% Förderung durch die Altstadtsanierung aus, bleiben immer noch mindestens 800.000,- € Abrisskosten an der Stadt hängen. Nicht berücksichtigt sind natürlich auch der Grunderwerb, die Grunderwerbssteuer, die Notar- und Planungskosten, die noch auf die Stadt zukommen würden. Und vergessen wir nicht die beiden Wände, die seit dem 03.02.2018 zum Kulturdenkmal erklärt wurden. Was passiert mit diesen? Halten wir fest, der Bau des Feuerwehrgerätehauses ist eine Pflichtaufgabe. Wir schieben diese schon viel zu lange vor uns her. Die Kosten sind auf beiden Grundstücken, wenn nach DIN-Norm gebaut wird, annähernd gleich. Ein weiterer zeitlicher Verzug würde des Weiteren dazu führen, dass unterm Strich eine Realisierung auf dem Hetal-Gelände für die Stadt sogar teurer wäre. Und die sichere bzw. mögliche Förderung ist unabhängig vom Bauplatz zu betrachten. Das Bahnhofsareal ist bereits im Besitz der Stadt, die Planung liegt vor, der Antrag für die Förderung kann im Februar eingereicht werden. Lasst uns endlich Nägel mit Köpfen machen!

StR Engel und StR Hermann erläutern die Stellungnahme der Fraktionen ZfA und UBL mit Hilfe einer Präsentation (ist dem Protokoll beigelegt).

StR Rehm erläutert eine selbst nachberechnete Übersicht der Kostenberechnung der Verwaltung (ist dem Protokoll beigelegt). Der Bau des Feuerwehrhauses in Pfalzgrafenweiler sei für ihn mit dem Projekt in Alpirsbach vergleichbar. Der Grundstückskauf am Bahnhof sei trotzdem nicht unnötig gewesen. Ein Bau auf dem Hetal-Grundstück wäre optisch verträglich, es gäbe genug Parkplätze, eine flächige Bebauung mit vorheriger Versiegelung wäre eine ideale Nutzung des Geländes.

BM Pfaff erklärt, dass die Verwaltung sich bei der Kostengegenüberstellung sehr schwer getan habe, man sich für den konservativen Ansatz entschieden hätte und Bedenken gegen den Antrag habe. Deshalb müsse man beide Varianten objektiv und neutral gegenüberstellen. Ein

definitiver Kostenvergleich sei nicht möglich, da keine belastenden Zahlen vorhanden seien. Auch die Verwaltung sei der Meinung, dass die Stadtentwicklung bei einem heutigen Beschluss des Standorts Bahnhof ohne Ergebnisse der Gutachten leiden würde. Außerdem ginge es heute auch noch um die beiden Feuerwehrfahrzeuge und den dafür benötigten Stellplätzen. Er möchte die Standortfrage nochmal vertagen, bis alle Unterlagen vorhanden seien, aber schon mit den Planungen beginnen.

StR'in Dr. Mahabadi bemängelt die Kindergefährdung bei der Hetal-Variante. Der Beschluss, Hetal zu kaufen, obwohl ein zeitnahe Bau dort momentan nicht möglich ist, sei unverständlich. Die Kostenberechnung von StR Rehm sei ihrer Meinung nach schöngerechnet. Außerdem gebe es keine Bezuschussung der Fahrzeugkäufe ohne ein neues Feuerwehrhaus.

StR Gutmann befindet die Sicherheitsrisiken am Bahnhof für höher. Er ist der Meinung, noch keinen Beschluss zu fassen, bevor in das Gutachten noch nicht eingesehen wurde. Die gesamte Dauer der Vorarbeiten wurde sicherlich unterschätzt, aber die Entscheidung sei weitreichend und ist dafür, das eine Jahr noch abzuwarten.

StR Glauner macht den Vorschlag, die Feuerwehrautos zu beschaffen. Es sei unverantwortlich, mit dieser Entscheidung mindestens noch ein weiteres Jahr zu warten.

StR Gutmann und Jäckle sind sich sicher, dass es für die Unterstellung der Fahrzeuge Alternativen gebe.

StR Wein beschreibt die derzeitige Situation als katastrophal. Das derzeitige Feuerwehrhaus sei seinerzeit für kleinere Fahrzeuge gebaut worden. Bei einem Einsatz gehe die Situation weit über den kritischen Bereich hinaus.

StR Jäckle kann es sich nicht vorstellen, dass am Bahnhof keine geeigneten Stellplätze für neue Fahrzeuge vorhanden sind.

BM Pfaff erklärt, dass aus seiner Sicht wegen der unsicheren Finanzierung eine Beschlussfassung wegen des fehlenden Gutachtens heute nicht möglich sei. Seiner Meinung nach sei es schwierig dem Regierungspräsidium zu erklären, dass 2018 von dem genehmigten Bau am Bahnhof abgesprungen wurde und nun doch dort gebaut werden soll, ohne dass alle Faktoren zur Entscheidung berücksichtigt wurden.

StR Glauner beantragt eine namentliche Abstimmung.

BM Pfaff stellt den Antrag, dass der Standort für das Feuerwehrhaus erst nach Kenntnis und Auswertung des beauftragten Gutachtens getroffen wird. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderantragstellung für die zwei Feuerwehrfahrzeuge durchzuführen und die notwendigen Stellplätze zu errichten. Die notwendigen Mittel sollen im Haushaltsplan 2021 eingestellt werden. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, alle erforderlichen Sachverhalte zum Neubau des Feuerwehrhauses auf dem Hetal-Areal zu prüfen und die benötigte Planung des Feuerwehrhauses parallel zu erarbeiten und umzusetzen. Die notwendigen Mittel sollen im Haushaltsplan 2021 eingestellt werden.

Das Gremium lehnt den Antrag mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen (Engel, Glauner, Gutmann, Hermann, Jäckle, Pfaff, Rehm, Trein) und 10 Nein-Stimmen (Ebner, Dr. Fischer, Frank, Frick, Joos, Dr. Mahabadi, Römpp, Steinberger, Stockburger, Wein) ab.

BM Pfaff lässt den Gemeinderat über die Beschlussvorschläge der Sitzungsvorlage Nr. 2/2021 Ziffern 1-3 abstimmen.

Ziffer 1 - Das Gremium fasst mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen (Ebner, Dr. Fischer, Frank, Frick, Joos, Dr. Mahabadi, Römpf, Steinberger, Stockburger, Wein) und 8 Nein-Stimmen (Engel, Glauner, Gutmann, Hermann, Jäckle, Pfaff, Rehm, Trein) folgenden

Beschluss:

Das Feuerwehrhaus wird in der Bahnhofstraße errichtet.

Ziffer 2 - Das Gremium fasst mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen (Ebner, Dr. Fischer, Frank, Frick, Joos, Dr. Mahabadi, Römpf, Steinberger, Stockburger, Wein) und 8 Nein-Stimmen (Engel, Glauner, Gutmann, Hermann, Jäckle, Pfaff, Rehm, Trein) folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Förderanträge für den Neubau des Feuerwehrhauses fristgerecht im Februar 2021 zu stellen und die notwendigen Finanzierungsmittel im Haushaltsplan 2021 einzustellen.

Ziffer 3 - Das Gremium fasst mehrheitlich mit 17 Ja-Stimmen (Ebner, Dr. Fischer, Frank, Frick, Glauner, Gutmann, Hermann, Jäckle, Joos, Dr. Mahabadi, Pfaff, Rehm, Römpf, Steinberger, Stockburger, Trein, Wein) und 1 Enthaltung (Engel) folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Förderanträge für die Ersatzbeschaffungen der Feuerwehrfahrzeuge Drehleiter und HLF 20 fristgerecht im Februar 2021 zu stellen und die notwendigen Finanzierungsmittel im Haushaltsplan 2021 einzustellen.

StR Römpf und StR Trein verlassen um 19.58 Uhr die Sitzung.

BM Pfaff verkündet, dass StR Jäckle die Position als Urkundsperson für StR Trein übernimmt.

4. Vorstellung der Konzeption und Tätigkeitsbericht der Jugendarbeit

- Vorlage Nr. 1/2021 -

Herr John stellt anhand einer Präsentation (ist dem Protokoll beigelegt) die Konzeption und den Tätigkeitsbericht 2020 in der Jugendbetreuung vor.

StR'in Frank interessiert es, was in Sachen Schulbegleitung angedacht sei, ab dem Jahr 2025 bestünde ein Rechtsanspruch auf Schulbetreuung. Ebenso erkundigt sie sich, ob ein Jugendhearing oder Jugendgemeinderat angedacht sei. Herr John antwortet, man würde hinsichtlich der Schulwegbegleitung auf Impulse der Grundschule warten. Das Angebot sei aufgrund mangelnder freiwilliger Ehrenamtlicher eingestellt worden. BM Pfaff fügt hinzu, dass es derzeit keinen Rechtsanspruch gebe, man müsse die Landtagswahlen abwarten. In die neue Geschäftsordnung sei die Jugendarbeit implementiert worden. Sobald Corona bedingt es zulässig sei, würde ein Jugendhearing stattfinden.

StR Hermann erkundigt sich nach den räumlichen Voraussetzungen für die Konzeption und möchte auch wissen, ob es sich bei den Treffen um Freunde oder eher um Kinder bzw. Jugendliche handle, die schwierigere familiäre Verhältnisse hätten. Herr John führt aus, dass Räumlichkeiten seit Jahren fehlen würden. Vorwiegend kämen Jugendliche, welche privat nicht bestens versorgt seien.

Das Gremium nimmt den Bericht zur Kenntnis, bedankt sich bei Herrn John für die Ausführungen und wünscht sich eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit dem Jugendreferat.

6. Vorstellung der Ausbauplanung des Backbonenetzes des Landkreises FDS und der damit verbundenen Breitbandkonzeption der Kernstadt

- Vorlage Nr. 3/2021 -

BM Pfaff erläutert kurz den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage.

Herr Junt, Kommunalaufsichtsleiter des Landratsamtes Freudenstadt, stellt sich vor. Er und Herr Stadelmaier, Breitbandkoordinator des Landratsamtes Freudenstadt, erläutern ihre Präsentation (ist dem Protokoll beigelegt).

OV Günther bemängelt, dass in Ehlenbogen im mittleren Bereich die Verbindung äußerst schlecht sei. Herr Stadelmaier antwortet, dass ein kurzfristiger Anschluss an die Backbone-trasse zu weit entfernt sei.

Herr Stadelmaier informiert, dass die weißen Flecken auf dem Plan alle Gebiete darstellen würden, die einen Versorgungsstand unter 30 MBit haben. Es gebe ein Sonderförderprogramm für spezielle Einrichtungen wie z. B. Schulen. An der Leitung anliegende Gebäude würden somit gleich mitversorgt werden. Förderungen würden aber eine sehr genaue Planung benötigen.

StR'in Dr. Mahabadi verlässt um 20.39 Uhr die Sitzung.

StR Steinberger erkundigt sich nach den Anschlusskosten eines Hausanschlusses und was fördertechnisch bei den grauen Flächen möglich sei. Herr Stadelmaier antwortet, dass die Höhe der Hausanschlusskosten konkret nicht beantwortet werden könne, eine Bezuschussung komme auch auf die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde an. Die staatlichen Fördertöpfe seien allerdings zurzeit ausgeschöpft.

StR Hermann schlägt vor, sobald wieder Fördergelder zur Verfügung stehen, könne man sich ja überlegen, sofort Förderungen zu beantragen.

Herr Junt bekräftigt die Wichtigkeit eines Anschlusses an das Backbonenetzt, da immer mehr Personen in einem Haushalt das Internet nutzen.

Derselben Meinung ist StR Hermann und hält eine Marktanalyse für sinnvoll. Herr Stadelmaier sieht den Bedarf in Alpirsbach und befindet deshalb eine Analyse für notwendig.

StR Steinberger äußert sich, dass die Firma RALA das ganze Ortsgebiet geplant habe. Herr Junt erklärt, ein Vollausbau im gesamten Stadtgebiet sei kostenmäßig nicht realisierbar. Herr Stadelmaier befindet es für sinnvoll, die gesamte Gemarkung zu planen, um eine Grundstruktur zu schaffen. Natürlich hänge ein schneller Ausbau auch vom Druck der Bevölkerung ab.

StR Rehm möchte wissen, ob es bei den verschiedenen Firmen einen Überblick bzw. Vernetzung über die bestehenden Leitungen gebe. Herr Stadelmaier äußert sich, dass über das Vernetzungsgesetz ein solcher Überblick geregelt sei. Telekommunikationsanbieter würden im Rahmen der Marktanalyse angefragt werden, ob sie Interesse hätten, die nächsten Jahre auszubauen. Die Antwort der Anbieter sei bindend.

BM Pfaff bekräftigt, es sei das Ziel der Verwaltung, Fördermittel in Höhe von 50.000,- € für eine Grobplanung zu nutzen.

Das Gremium nimmt den Bericht zur Kenntnis und bedankt sich bei den Herren Junt und Stadelmaier für ihre Ausführungen.

StR'in Joos verlässt um 21.11 Uhr die Sitzung.

7. Auswahl der Ausbauvariante Schillerstraße, 2. Bauabschnitt - Vorlage Nr. 4/2021 -

StR Rehm hält die Variante mit Querparken als für nicht möglich. Es ginge auch um das Stadtbild und die Klosterumgebung.

StR Engel verlässt um 21.16 Uhr die Sitzung.

StR Dr. Fischer ist der Meinung, dass Corona bedingt auch die finanzielle Lage der Stadt nicht vorhersehbar sei und befürwortet aus diesem Grund die billigste Variante. Er ist der Meinung, dass bei zweispurigem Verkehr die Straße auch mehr und schneller befahren werden würde. Der Kurgarten habe seinen Reiz, der Gehweg müsse aber barrierefrei begehbar werden.

StR Wein ist für die Variante Längsparkplätze und schlägt vor, diese so zu planen, dass die Bäume erhalten bleiben können. Er befindetet, dass, wenn die Straße schon saniert werde, dann auch gleich zweispurig und denkt nicht, dass sich das Verkehrsaufkommen dadurch erhöhe.

StR Glauner regt an, die Variante Längsparker zu prüfen und damit verbunden den Gehweg barrierefrei in den Kurgarten zu verlegen.

StR Rehm würde bei der Sanierung der Straße auch gleich die Kurgartenplanung mit überlegen. Die Ideen kämen von den Bürgern oder dem Gemeinderat, Vorschläge müssten aber vom Planungsbüro kommen. BM Pfaff erläutert, dass die Kurgartenplanungen noch nicht ausgereift seien. Man müsse den 2. Bauabschnitt der Schillerstraße wegen der Fördermittel dieses Jahr beginnen.

Mehrere Stadträte erkundigen sich nach dem Planungsstand des Kurgartens. BM Pfaff kann dies derzeit noch nicht konkret beantworten. Aufgrund der Coronasituation könne die Bürgerbeteiligung nicht durchgeführt werden. Es liefen Gespräche, wie der Prozess bestmöglich abgeschlossen werden kann.

StR Rehm stellt den Antrag, dass parallel zur Planung Schillerstraße die Planung Kurgarten vorangetrieben wird.

Das Gremium fasst mehrheitlich (12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme) den Beschluss.

StR Ebner stellt fest, dass beim Aussteigen eine gewisse Breite für den Gehweg vonnöten sei. Zwei parallele Gehwege hält er für unsinnig.

StR Frick ist gegen Parkplätze in diesem Abschnitt. Müllfahrzeuge und sonstiger Verkehr hätten sonst zuweilen Probleme beim Durchkommen.

StR Hermann stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt in die nächste TA-Sitzung zu vertagen.

Das Gremium fasst einstimmig den Beschluss.

8. Vergabe der Vorort-Wartungsarbeiten der digitalen Infrastruktur Vorlage Nr. 5/2021 -

BM Pfaff erläutert kurz den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage.

StR Rehm regt an, die Gemeinde Pfalzgrafenweiler nach ihrem örtlichen Konzept zu befragen. BM Pfaff wird dies im Rahmen der Digitalisierung bei Herrn Boos anregen.

StR Frick möchte vorschlagen, die Wartungsarbeiten für ein ganzes Jahr zu vergeben. BM Pfaff erklärt, dass auch die Lizenzen nur noch das erste Halbjahr 2021 liefern, so dass gegebenenfalls danach ein sauberer Schnitt gemacht werden könne.

Das Gremium fasst mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der Vorort-Wartungsarbeiten für das erste Halbjahr 2021 in Höhe von 16.307,76 € an die Firma Hamcos zu vergeben.

9. Bausachen

- Vorlage Nr. 6/2021 -

Das Gremium fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

**Das Einvernehmen folgender Bauvorhaben wird nach § 36 Baugesetzbuch erteilt:
Flst. Nr. 166/1, 183, 140, 229/5, 343 und 344.**

Das Gremium fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

**Das Einvernehmen folgendes Bauvorhabens wird nach § 36 Baugesetzbuch nicht erteilt:
Flst. Nr. 209/6**

Das Gremium fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Abweichungen und Einvernehmen für das Flst. Nr. 400/13 in Reinerzau und das Flst. Nr. 99/14 in Römlinsdorf werden nicht erteilt.

10. Bekanntgaben

Von Seiten der Verwaltung gibt es keine Bekanntgaben.

11. Anfragen, Anregungen, Anträge

StR Hermann erfragt, wie der Stadtrat und die Bürger Anregungen für eine Verbesserung der neuen Homepage einbringen könnten. BM Pfaff antwortet, dass dies bei Herrn Bader und Frau Rulands erfolgen könne.